



Energiepolitik

Aiwanger: "Wir fordern ein klares Bekenntnis der künftigen Bundesregierung für den Einsatz der nachhaltigen Holzenergie"

17. Januar 2025

BERLIN Auf Initiative Bayerns hat sich ein breites Bündnis aus waldreichen Bundesländern sowie Bundes- und Landesverbänden aus den Bereichen Waldbesitzer, Säge- und Holzindustrie, Heizungsindustrie, Handwerk und Holzenergie formiert. Das Bündnis positioniert sich gegenüber der Bundespolitik für eine Stärkung und Weiterentwicklung der nachhaltigen Holzenergie.

Auf der Grünen Woche in Berlin wurde eine Erklärung „Nutzung der nachhaltigen Holzenergie“ unterzeichnet. **Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger:** "Holz ist ein regenerativer heimischer Rohstoff mit ausgezeichneter Klimabilanz. Daher ist es klimapolitisch sinnvoll, Wälder nachhaltig forstlich zu bewirtschaften und Holz mit seinen vielfältigen Verwendungszwecken zu nutzen. Wir fordern in der Erklärung ein klares Bekenntnis und eine neue Politik der künftigen Bundesregierung für den Einsatz der nachhaltigen und CO₂-neutralen Holzenergie. Ideen zu einer CO₂-Bepreisung der Holzenergie lehnen wir entschieden ab."

Hessens Forstminister Ingmar Jung: „Das Heizen mit Holz ist in unserer Identität, in unserer langen Geschichte mit dem deutschen Wald, fest verwurzelt: Ein gemütlicher Abend vor dem Kamin – das ist Heimat. Und es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass die nachhaltige Nutzung von Brennholz aus heimischen Wäldern Teil einer klimafreundlichen und regionalen Wertschöpfung ist."

Sachsens Forstminister Georg-Ludwig von Breitenbuch: „Der nachhaltig und naturnah erzeugte heimische Rohstoff Holz spielt aufgrund seiner umweltfreundlichen Eigenschaften sowohl als Bau- und Werkstoff als auch als nachwachsender, klimaneutraler Energieträger eine wichtige Rolle bei der Herausforderung der Dekarbonisierung. Insbesondere eine verstärkte Kaskadennutzung des Holzes sowie ein professionelles Management des Clusters

„Forst und Holz“ sind dabei aus meiner Sicht aussichtsreiche Lösungsansätze. Gleichzeitig ist Holz als Energieträger eine sinnvolle Ergänzung der Produktpalette von Forstbetrieben und forstlichen Zusammenschlüssen. Damit wird eine Verbesserung der regionalen Wertschöpfung erhalten und möglichst erweitert.“

Baden-Württembergs Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk: „Es ist unbestritten, dass die energetische Nutzung von Holz ein unverzichtbarer Teil einer vorrangig stofflichen Verwendung von Holz mit einer möglichst großen Wertschöpfungstiefe sein muss. Die Holzenergie zu verteufeln, in dem man sie mit Abholzung gleichgesetzt oder die Klimaneutralität der Holzverbrennung per se in Abrede stellt hilft uns als Gesellschaft in der Sache nicht weiter und irritiert die Verbraucher. Vor allem wenn das Holz nachweislich aus zertifizierter, nachhaltiger Waldwirtschaft aus Deutschland stammt. Klar ist, dass die energetische Verwertung von regional anfallenden Holzsortimenten, die anderweitig nicht stofflich nutzbar sind, fossile Energieträger ersetzen. Das ist kein Frevel, sondern ein kluger Beitrag zum Klimaschutz.“

Sachsen-Anhalts Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten, Sven Schulze: „Unsere Wälder erfüllen zahlreiche Aufgaben: Sie sind Lebensraum, Erholungsraum, Klimaschützer und Wirtschaftsfaktor zugleich. Alle diese Funktionen müssen gleichrangig berücksichtigt werden. Holz als regional verfügbarer, nachwachsender Rohstoff ist ein unverzichtbarer Bestandteil für eine klimafreundliche Zukunft. Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis der künftigen Bundesregierung für den Einsatz der nachhaltigen und CO₂-neutralen Holzenergie, ohne ideologische Einschränkungen oder neue Belastungen wie eine CO₂-Bepreisung.“

Weitere Unterzeichner:

- Vertreter von Bundesverbänden (AGDW – Die Waldeigentümer, Familienbetriebe Land und Forst, Deutsche Säge- und Holzindustrie, Fachverband Holzenergie, Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband, Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie, Industrieverband Haus-, Heiz- und Küchentechnik, Deutscher Bauernverband, Deutsche Industrie- und Handelskammer.
- Vertreter zahlreicher Landesverbände der Waldbesitzer, Familienbetriebe Land und Forst, Holzenergie sowie des Bayerischer Bauernverbands und des Fachverbands Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Bayern.

Hintergrund:

Die Holzenergie bietet große Chancen für die Wärmewende und Energiewende in Deutschland und fungiert als Teamplayer im Zusammenspiel mit den anderen erneuerbaren Energieträgern und Technologien. Um diese Chancen zu nutzen, sind die passenden Rahmenbedingungen notwendig.

In Deutschland wird – insbesondere auch im Zuge des notwendigen Waldumbaus – in den kommenden Jahren ausreichend Holz vorhanden sein, um den Holzbedarf für die stoffliche und die energetische Nutzung zu decken.

Bereits im Mai 2024 hatte die Bayerische Staatsregierung den **Pakt Holzenergie Bayern** mit den bayerischen Verbänden der Waldbesitzer, der Forstunternehmer, der Städte und Gemeinden sowie der Holzenergiebranche unterzeichnet. Dem Pakt Holzenergie Bayern hatten sich auch zahlreiche Bundesverbände angeschlossen.

Ziel des Pakt Holzenergie Bayern ist es, die Anbieter und Nachfrager von Energieholz vor dem Hintergrund der enormen Holzvorräte und der Notwendigkeit der Wärme- und Energiewende in Bayern zusammenzubringen und breit über die Vorzüge der modernen Holzenergie zu informieren.

Staatsminister Aiwanger: "Eine klima- und umweltschonende, nachhaltige Nutzung von Holz zur Energieerzeugung stellt eine bedeutende Säule der Energiewende in Bayern dar. Holzenergie trägt aktuell zu rund 20 Prozent zur Wärmebereitstellung in Bayern bei. In Bayern wird in mehr als jedem dritten Haushalt Holz zur Wärmeerzeugung genutzt. In rund 280.000 bayerischen Haushalten wird Holz in Zentralheizungen als primäre Energiequelle zum Heizen eingesetzt."

[Erklärung „Nutzung der nachhaltigen Holzenergie“](#)

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 11/25



Fünf Landesminister unterzeichneten die Erklärung „Nutzung nachhaltige Holzenergie“. Die Initiative kam von Bayerns Staatsminister Hubert Aiwanger (Mitte). Foto: Elke Neureuther/StMWi